

Tagesanzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Montag
9. September 2013

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
121. Jahrgang Nr. 208 – Auflage 188 602

Fussball Egil Olsen, der Trainer der Norweger, hat zu Hause weniger zu sagen als sein Hund Cruyff. 38

Start-ups Die Zeitung zum Hören und ein Onlineshop für Shampoo: Jungunternehmer denken sich so einiges aus. 26

Knabenschiessen «lischtige, come on»: Die Chilbisprache ist ein bunter Mix. 11



Christoph Blocher möchte mit der SP die Banken zähmen

Die Idee des SVP-Chefstrategen: eine breit abgestützte Initiative, um Grossbanken auf eine für die Schweiz verträgliche Grösse zu schrumpfen.

Von **Andreas Valda, Bern**

Der Staat befindet sich noch immer in Geiselhaft von Grossbanken und grossen Kantonalbanken. Diese könnten in einer allfälligen Notlage weiterhin auf die Rettung durch den Staat zählen. Das sagt SVP-Vordenker und Nationalrat Christoph Blocher im TA-Interview. Die vom Parlament verabschiedeten «Too big to fail»-Gesetze, die seit diesem Jahr gelten, hätten daran nichts geändert. «Grossbanken sind nach wie vor «too big to fail» - zu gross, um fallen gelassen zu werden», so Blocher.

Jetzt müsse endlich gehandelt werden. Sein Plan: Mit Leuten der SP zusammensetzen und eine Initiative aufs Tapet bringen, die die Ideen der SVP und die der SP-Initiative vereint. Blocher will an den seinerzeit legendären Auftritt von SP-Präsident Christian Levrat mit Unternehmer Nicolas Hayek anknüpfen. Diese forderten die Teilung der Grossbanken, um die Wirtschaft sicherer zu machen. Das Ziel, so Blocher, bleibe gleich: «Ein guter Finanz- und Werkplatz ohne «Too big to fail»-Risiko und ohne wettbewerbsfeindliche Regulierung.»

Blocher sagt, im Hintergrund spreche man «mit vernünftigen Exponenten der SP, die das Problem sehen». Solche Kontakte will die SP weder bestätigen noch dementieren. Protagonist auf der SP-

Seite ist nicht mehr Levrat, sondern Nationalrat Corrado Pardini. Man arbeite seit Monaten intensiv an der SP-Bankensicherheitsinitiative, die vor den Sommerferien der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Auch Pardini sagt, man habe keine Berührungspunkte. «Wir sind daran interessiert, eine möglichst breite Allianz zu finden.» Man sei offen, mit allen Kreisen zusammenzuarbeiten, die das Anliegen der SP-Bankensicherheitsinitiative anerkennen und ernsthaft unterstützen. «Wenn die SVP und Herr Blocher endlich mithelfen wollen, das Problem des Klumpenrisikos der Grossbanken zu beseitigen, verschliessen wir uns dem Dialog sicher nicht. Den Worten muss die SVP aber Taten folgen lassen», sagt Pardini.

In der SP bestehe «weitgehend Einigkeit darüber, dass systemrelevante Banken den Staat weiterhin zwingen können, sie bei einer Notlage zu retten», sagt der stellvertretende SP-Generalsekretär Stefan Hostettler. Dies zeigten nicht zuletzt die Diskussionen um die Lex USA. Auch deshalb verfolge man die Bankensicherheitsinitiative. Ein Stimmungstest werde die Haltung des Parlaments heute im Nationalrat sein: «Entscheidend ist, dass es heute eine Mehrheit für alle Vorstösse vonseiten der SVP, SP und Grünen gibt.» - Seite 31

Obama startet eine PR-Offensive

Kurz vor dem Beginn der Beratungen im US-Kongress über einen Militärschlag gegen Syrien gerät US-Präsident Barack Obama zunehmend unter Druck. Zahlreiche Senatoren und Abgeordnete sind noch unsicher, ob sie einem Militärschlag als Reaktion auf den Einsatz von Giftgas in Syrien zustimmen sollen. Unterstützung erhält Obama ausgerechnet von seinem politischen Widersacher, Senator John McCain. In weiten Teilen der US-Bevölkerung stossen Obamas Syrienpläne auf offenen Widerspruch. Der Präsident wird sich deshalb

morgen in einer landesweit übertragenen Rede an das Volk wenden. Dies ist Teil einer PR-Offensive, mit der Obama sein Volk zum Einlenken bewegen will.

«Die Welt hat den Massenmord an den Syrern einfach so hingenommen, sie hat das Morden akzeptiert», sagt die syrische Autorin und Bloggerin Rosa Yassin Hassan im «Tages-Anzeiger»-Interview. Insbesondere kritisiert sie den Westen für seine Untätigkeit. Sie schliesst nicht aus, dass westliche Staaten hinter den Kulissen einen Deal mit Russland gemacht haben. (TA) - Seite 6, 21

Carlos wurde beim Seelsorger verhaftet

Weil die Polizei während des Gesprächs mit einem Pfarrer zuschlug, kritisierte die reformierte Kirche deren Vorgehen im Fall Carlos: Mit sechs Mann in Kampfmontur war sie am vorletzten Freitag aufgekreuzt, um den straffälligen Jugendlichen vom offenen in den geschlossenen Vollzug zu versetzen. Zu seinem eigenen Schutz, wie die Jugendanwaltschaft sagt, der Medienrummel erfordere dies. Jugendanwalt Hansueli Gürber, der für Carlos' viel kritisierte «Luxusbehandlung» verantwortlich ist, muss wegen Morddrohungen von der Polizei geschützt werden. (lop) - Seite 11

Unternehmen haften bei Stressschäden

Nach den Fällen von Managersuiziden steht das Thema Stress am Arbeitsplatz im Vordergrund. Grundsätzlich müssen Unternehmen ihre Angestellten vor Überforderung schützen. Andernfalls riskieren sie, für Gesundheitsschäden aufkommen zu müssen. Juristen bemängeln, dass bis heute kaum bekannt sei, dass Arbeitgeber für die Überforderung haftbar gemacht werden könnten. Wie weit die Stresshaftung auch für Führungskräfte gilt, ist nicht klar. Für die Arbeitnehmenden kommt hinzu, dass sie den stressbedingten Schaden nachweisen müssen. (TA) - Seite 34

Wie gut sollen sich Expats integrieren?



Führt die zunehmende Einwanderung von gut qualifizierten und bezahlten Ausländern zu Parallelgesellschaften, die sich um hiesige Sprachen und Gebräuche foutieren? Seit immer mehr deutsche Ärzte, amerikanische Manager und asiatische Forscher in die Schweiz kommen, hat die Integrationsdebatte einen neuen Drall bekommen. Die Kantone reagieren unterschiedlich auf diese Entwicklung. Am strengsten ist der Kan-

ton Luzern, der mit einer Integrationsvereinbarung alle fremdsprachigen Einwanderer zu Deutschkursen zwingt - auch wenn diese für EU-Bürger aufgrund der Personalfreizügigkeit nicht durchsetzen lassen. Denselben Weg will Bern einschlagen, während Genf, Zug und Zürich für ihre Expats weniger strikte Regeln vorsehen.

Nach ihrem Amtsantritt hatte auch Justizministerin Simonetta Sommaruga

erhegliche Pläne in dieser Hinsicht. Sie wollte Fördergelder des Bundes von Integrationsvereinbarungen mit obligatorischen Sprachkursen abhängig machen. Davon ist allerdings wenig übrig geblieben: Noch bevor das Gesetz Ende Jahr ins Parlament kommt, haben ihm die Bundesratskollegen die Zähne gezogen. Sie nahmen damit die Kritik der Kantone und der bürgerlichen Parteien auf. (TA) Kommentar Seite 2, Berichte Seite 3

Heute

International
Erfolg für Alexei Nawalny - trotz Wahniederlage

Bei der Bürgermeisterwahl in Moskau hat sich Amtsinhaber Sergei Sobjanin mit über 50 Prozent der Stimmen gegen den Oppositionsführer Alexei Nawalny durchgesetzt, der mit rund 27 Prozent überraschend gut abschnitt. - Seite 5

Zürich
Glencore stürzt Gemeinden in ein moralisches Dilemma

164 Millionen Franken: So viel spülte der Glencore-Börsengang in den Finanzausgleich des Kantons Zürich. Im Säuliamt stimmen demnächst mehrere Gemeinden darüber ab, ob sie einen Teil dieses Geldes spenden sollen. - Seite 13

Formel-1
Nico Hülkenberg fährt 10 Punkte für Sauber ein

Das zuletzt arg gebeutelte Team Sauber konnte beim Grand Prix von Italien wieder jubeln: Nico Hülkenberg wurde in Monza Fünfter - das beste Saisonergebnis des Hinwiler Rennstalls. - Seite 36

Kopf des Tages

Witali Milonow erfand das Anti-Homosexuellen-Gesetz, das jetzt in ganz Russland gilt. - Seite 7

Kommentare & Analysen

«Wawrinka ist grossartig gescheitert. Noch besser geht nicht.»

Simon Graf über den Schweizer Tennisspieler, der eine goldene Zukunft vor sich hat. - Seite 40

Berlusconi ruft den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Das ist zynisch. - Seite 6

Der Swiss Nightlife Award hat ein Imageproblem. Die Veranstalter sind selbst schuld daran. - Seite 20

Beilage



Südeuropa profitiert touristisch von den Unruhen im Nahen Osten.

Service

Wetter	8
Leserbriefe	9
Todesanzeigen	18
Veranstaltungen	22
Fernsehprogramme	24, 25
Rätsel	29



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch
Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum